

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn vierteljährlich 1 Thlr. 7½ Sgr., monatlich 12½ Sgr., für Preußen vierteljährlich 1 Thlr. 5 Sgr.

Deutschland.

Berlin, 18. November. Sonntag Vormittags empfing Sr. Maj. der König den Brigade-General Graf v. d. Golz, nahm den Vortrag des Finanzministers Freiherrn v. d. Heydt entgegen und erteilte alsdann Audienz. Nachmittags machte Allerhöchsterseits eine Auesfahrt. — Um 4½ Uhr fand im königlichen Palais Familientafel statt und Abends erschien des Königs Majestät mit den hohen Herrschaften in der Oper. — Heute Morgens wurden zunächst Vorträge entgegengenommen und folgte dann Empfang. Um 11½ Uhr Vormittags reiste Sr. Majestät der König mit den königlichen Prinzen und der übrigen Begleitung per Extrazug über Friesack, Witttenberge, Hagenow nach Schwerin ab und traf Nachmittags ½4 dort ein. Morgen und am Mittwoch werden Hofjagden abgehalten und am Donnerstag Nachmittags trifft Sr. Majestät der König mit dem Gefolge auf demselben Wege von Schwerin hier wieder ein.

— Das Staatsministerium trat heute Mittag 1 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

— Wie die „Post“ schreibt, wird das so sehnlich erwartete und so lange verheißene Schuldotationsgesetz für die nächste Zeit dem Landtage noch nicht vorgelegt werden. Die im Unterrichtsministerium veranfalteten Vorarbeiten sollen nämlich ergeben haben, daß, wenn die Gehälter der Volksschullehrer endlich einmal geregelt werden sollen, die für die ärmeren Gemeinden nötigen Zuschüsse zur Erzielung auskömmlicher Gehälter so erheblich sein müßten, daß der Finanzminister die Mittel dazu gegenwärtig noch nicht zu beschaffen weiß.

— Die Angelegenheit der Geistlichen in Hannover, welche dem König Wilhelm als dem derzeitigen Landesherren den Dienst nicht leisten zu dürfen glaubten, ist im Wesentlichen dadurch erledigt, daß die meisten Pastoren mit einer ohngefähr die Hälfte ihres Gehalts betragenden Pension in den Ruhestand getreten sind.

— Der Kanzler v. Zander in Königsberg ist durch einen eigentümlichen Zufall behindert worden, seinen Sitz im Herrenhaufe einzunehmen. Seit Mittwoch Morgen wird nämlich der älteste Sohn de selber, Oberstleutnant v. Zander, vermisst, ohne daß es bis jetzt gelungen wäre, eine Spur von ihm zu finden.

— Heute Mittag fand im Ministerium des Innern die Beratung zwischen den Kommissarien der beteiligten Ministerien und den berufenen Sachverständigen über die Zweckmäßigkeit einer etwaigen Umänderung der Zeitungsstempelsteuer in eine Inzeratenssteuer statt. Es handelte sich dabei zunächst nur um eine vorläufige Information, namentlich auch über die technischen Modalitäten einer Inzeratenssteuer. Die Regierung beabsichtigt, wie wir hören, vor weiterem Verfolg der Sache auch den Interessenten in den Provinzen Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

— Aus Königsberg i. Pr. wird der „N.-Ztg.“ geschrieben: „Es ist nunmehr gestattet, daß bei der hiesigen Universität unbeschadet ihres protestantischen Charakters auch Nichtprotestanten als Privatdozenten zugelassen und im Falle des konkreten Bedürfnisses ausnahmsweise als Lehrer angestellt werden dürfen.“

— Die evangelischen Provinzial-Synoden sollen, wie die „Köln. Ztg.“ meldet, jetzt überall da, wo sie noch nicht üblich sind, in Wirksamkeit gesetzt werden. Zu diesem Zwecke soll auch mit Bildung von Synodalfonds vorgegangen werden, und es sind deshalb die nötigen Anweisungen Seitens des evangelischen Oberkirchenrathes an die Provinzial-Konfessionen erlassen worden. Die Synodal-Mitglieder erhalten also Diäten und Reisekosten.

— In einer am Sonntag den 17., Vormittags in Schäfers Lokal abgehaltenen Studentenversammlung wurde mit großer Majorität folgende Adresse an die Studenten in Wien angenommen: „Kommissionen! Mit Stolz haben wir in den öffentlichen Blättern eure freiheitsdurchglühte Adresse gelesen, durch die Ihr mit eintretet in den Kampf, den eure besten und edelsten Geister gegen die Verfechter des Konkordats führen. Es ist dies ein Kampf der freien Wissenschaft gegen die Fesseln, die von jeder der Ultramontanismus zu seinen Zwecken der Menschheit auszulegen versucht hat. Niemand konnte zweifeln, auf welcher Seite Ihr in diesem Kampfe stehen würdet; aber nachdem selbst einige Vertreter der Wissenschaft in Verkennung der heiligen Pflicht, die ihnen obliegt, Geistesfreiheit zu verbreiten und zu verpfänden, sich auf die Seite der Männer der Finsterniß gestellt haben, war es eure Pflicht, laut und rückhaltlos zu sprechen. Ihr kennt jene gleichnerischen Diener der Kirche, die den freien Geist in Banden schlagen, die Männer der Forschung auf die Folter spannen möchten, wenn sie, wie ebedem, die Macht dazu besäßen. Sind sie, wie sie vorgeben, die Vertreter wahrer Religion, sind sie die Verkünder von Wahrheit und Sittlichkeit, nun, so bedürfen sie der staatlichen Macht als Stütze nicht; denn Wahrheit und Sittlichkeit haben sich in der Menschheit noch immer durch eigene Kraft Bahn zu brechen gewußt. Steht fest in eurem Kampfe, Kommissionen! die gesammte akademische Jugend Deutschlands blickt auf Euch, bereit, Euch, wenn es Noth thut, mit allen Mitteln zu stützen.“

— Im Verlaufe der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses referirte für die zweite Abtheilung Abg. v. Hoyerbed über 10 Wahlen, für die dritte Abg. Raeter über 19 Wahlen, für die vierte der Abg. Pland über 24, für die fünfte Abg. Rohden über 30, für die sechste Abg. v. Seydewitz über 40 Wahlen und Abg. Pfmann für die siebente Abtheilung über 26 Wahlen. Dieselben werden sämmtlich für gültig erklärt mit Ausnahme von dreien der fünften Abtheilung, über welche als zweifelhaft die Beschlußfassung ausgesetzt wird. Der Präsident theilt mit, daß bis jetzt 181 Wahlen geprüft sind, und das Haus wahrscheinlich bereits am Mittwoch zur Präsidentenwahl schreiten könne.

— Vom Bundeskanzler werden gegenwärtig Erörterungen angestellt, in wie weit bei den verschiedenen Zollvereins-Regierungen

eine Geneigtbeit besteht, den Stempel für Spielkarten und Kalender eben so wie die Steuer auf Salz gleichmäßig festzusetzen und den ungetriebenen Vertrieb derselben im Zollverein zu ermöglichen.

Pinneberg, 18. November. Bei der heute stattgefundenen Nachwahl wurde Professor Forchhammer (lib.) mit 104 Stimmen zum Abgeordneten erwählt.

Schleswig, 17. November. Gestern Abend hielt Graf Vaudissin vor einem gewählten Publikum einen Vortrag über die von ihm proponirte Hafen-Anlage auf der Nordsee-Insel Röm. Alle, die dem Vortrage beigewohnt haben, stimmen darin überein, daß der Redner es meisterhaft verstanden hat, die Nothwendigkeit eines Zusammengehens der Bevölkerung mit der Regierung hervorzuheben und ihnen das Unfruchtbare ihrer politischen Agitationen klar zu machen. Es hat sich heute Morgen ein Comité aus den hervorragenden Bürgern unserer Stadt gebildet, welches eine Adresse an das Abgeordnetenhause entwerfen und von den Einwohnern unterschreiben lassen wird, in welcher um thätige Unterstützung des Vaudissin'schen Hafenprojectes gebeten werden soll. Wie wir hören, beabsichtigt der Graf, alle Städte Schleswigs zu bereisen, um in öffentlichen Vorträgen die große Bedeutung des Römer Hafens und die dringende Nothwendigkeit eines vertrauensvollen Anschlusses der Bevölkerung an die Regierung hervorzuheben. Der große und allgemeine Erfolg, den Vaudissin in Schleswig gehabt, ist uns eine sichere Bürgschaft für das Gelingen seines patriotischen Strebens, und wir wollen das Römer Hafenprojekt doppelt segnen, wenn es dazu beiträgt, das Volk der Herzogthümer ihrer Regierung näher zu führen.

Hannover, 18. November. In der heute stattgehabten Bürgervorsteher-Wahl hat die liberale Partei 5, die partikularistische 4 Kandidaten durchgebracht. Von den letzteren hat einer die Wahl erbehalten. Unter den Gewählten befindet sich auch der Redakteur der „Volkzeitung“, Eichholz.

Schwerin, 18. November. Der König Wilhelm I. von Preußen wurde bei seiner Ankunft auf dem Bahnhofe von dem Großherzoge, der Großherzogin Mutter, dem Großherzog, Prinzen, sowie den Epigen der Civil- und Militärbehörden empfangen. Ein überaus zahlreiches Publikum begrüßte den preussischen Monarchen mit lebhaften Hochs. In der Stadt flaggen vielfach preussische und mecklenburgische Fahnen.

Karlsruhe, 16. November. Heute begann in der zweiten Kammer die Berathung über das Weggesetz, welches voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen wird. Bemerkendwerth dürfte folgende Auslassung des Ministerial-Präsidenten Dr. Jolly sein: Die finanziellen Opfer, welche das Weggesetz fordert, seien gering anzuschlagen gegenüber dem Vortheile, aus der Unsicherheit der politischen Existenz herauszukommen, welche uns stets ängstigte. Der entscheidende Gesichtspunkt für Beurtheilung des Gesetzes sei der deutsch-nationale; in unserer isolirten Stellung könnten wir nicht bleiben, wir seien ein politisches Nichts. Daher müssen wir uns an ein Andern anschließen, und was solle das sein, wenn nicht der norddeutsche Bund? Wollen wir diesen Anschluß, so müssen wir auch die gleichen Lasten tragen wie die übrigen Glieder des Bundes. Wenn man nicht mit Bestimmtheit sagen könne, die Annahme dieses Gesetzes bringe uns in den norddeutschen Bund, so könne man doch das bestimmt behaupten, daß wir nicht dorthin gelangen, sofern wir das Gesetz nicht annehmen.

München, 18. November. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wurde das Gewerbegesetz bei der Schluß-Abstimmung mit allen gegen 15 Stimmen angenommen. — Ueber die von Valern auf der Einladung Frankreichs zur Theilnahme an der Konferenz zu erteilende Antwort hat der Ministerrath gutem Vernehmen nach nunmehr Beschluß gefaßt, und ist dieser Beschluß dem Könige zur Entschließung unterbreitet worden.

Ausland.

Wien, 16. November. Der König von Orleichenland mit Gemahlin ist vorgestern um 1 Uhr Mittags mittelst eines Separatzuges der Südbahn von hier nach Triest abgereist, und wurde von dem Kaiser und den hier befindlichen Erzherzogen auf den Bahnhof begleitet. Der Abschied war ein sehr herzlicher.

Wien, 18. November. Die hiesige türkische Botschaft läßt in der „Wiener Abendpost“ die zuerst im „Memorial diplomatique“ veröffentlichte Nachricht für unbegründet erklären, daß der Botschafter der hohen Pforte in Wien der österreichischen Regierung eine Note überreicht habe, welche anheilmstelle, die Kretasfrage einer Konferenz der Mächte zu unterbreiten. — Auf die Anfrage Oesterreichs in Betreff der Circulardepesche, welche Graf Bismarck auf das Preussische Rundschreiben erlassen, hat Preußen dahin erwidert, daß es den Inhalt des österreichischen Rundschreibens mit aufrichtiger Genugthuung aufgenommen habe. — Die Reise des Erzherzogs Ludwig Victor gilt einer eventuellen Vermählung mit der Tochter der Königin Isabella.

Wien, 18. November. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Das Reichstagesgesetzblatt wird morgen, an dem Namenstage der Kaiserin, die Abschaffung der Prügel- und Kettenstrafe publiciren. — Die offizielle „Abendpost“ veröffentlicht ein von der hiesigen türkischen Gesandtschaft ausgehenes Dementi, welches die Nachricht, daß von derselben hier eine Note überreicht worden, worin die Anheilmstellung der Kretasfrage an die Konferenz zugesagt sei, für unbegründet erklärt wird.

Pesth, 18. November. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhause wurde nach dreitheilhalbjähriger lebhafter Debatte die Einleitung des Pressprozesses gegen den Deputirten Boeszoermonyi mit 183 gegen 88 Stimmen gestattet.

Paris, 16. November. Wird Magne eine Anleihe machen? Die Franzosen pflegen zu sagen: „Magne und eine Anleihe ist Eins.“ Indes bleibt die „Patrie“ zu verstehen, Magne „wolle die

Finanzverwaltung auf dem klugen Wege erhalten, auf dem Rouber dieselbe engagirt habe.“ Das „Journal des Debats“ findet dieses Orakel ziemlich dunkel, erinnert aber daran, daß, im jetzigen Augenblicke zumal, kein Weg „klug“ genannt werden könne, der nicht jener der strengsten Sparsamkeit sei. Das „Siecle“ ist derselben Ansicht, indem es auf das Rundschreiben des Unterrichts-Ministers vom 30. Oktober an die Rectoren der Universitäten hinweist, das die höheren Mädchenschulen und die Ausföhrung des Gesetzes vom 10. April im Auge hat. Dieses Gesetz betrifft die Bildung von 10,000 neuen Schulen. „Wann werden wir diese bekommen?“ seufzt das „Siecle“. „Das weiß Gott! In Frankreich fehlt es immer an Geld für die dringendsten Bedürfnisse; sobald es aber gilt, Soldaten nach Cochinchina, Mexiko oder Rom zu werfen, finden sich Hunderte von Millionen! Aber freilich, Schulen! Die Mädchen zu unterrichten, ihren Geist auszubilden, sie den lächerlichsten Borurtheilen zu entziehen, neue Generationen auszurüsten, das scheint vielen Leuten ungleich weniger Eile zu haben. Redet uns lieber von einer guten und schönen Expedition, oder von Chassepots, die Wunder thun! Wir werden also Schulen bekommen, wenn es geht! Man studire die Pläne und man bereite die Hilfsquellen vor!“ schreibt Duruy. Vorläufig, bis die Hilfsquellen flüssig sind, versucht der Minister, mit nichts etwas zu machen, und er mag Recht haben.“ Mitglieder des Instituts, Professoren der Lyceen und andere Gelehrte haben den Anfang mit einem Vereine für höheren Mädchenunterricht in Paris gemacht; der Curfus beginnt am 1. Dezember; aber die Eltern, die ihre Töchter betheiligen wollen, haben für das Vierteljahr 75 Fr. voraus zu zahlen, was das „Siecle“ zu hoch findet. Der Curfus dauert vom 1. Dezember bis zum 1. Mai, drei Mal in der Woche zwei Stunden, so daß man für vierundzwanzig Stunden im Monate 25 Fr. zahlt; es wird gelehrt: Hauswirthschaft, Literatur und Geschichte von Frankreich, Geographie, Rechnen, Naturgeschichte, Chemie und Physik. Es ist ein Anfang, aber eine ersprißliche Anbahnung der allgemeinen höheren Mädchenschulen in Frankreich wird kaum damit gewonnen werden.

— Die Geschichte der Phrase: „Nos Chassepots ont fait merveilles!“ ist folgende: „Marschall Niel schickte den Rapport des Generals de Failly in die Moniteur-Redaktion, welcher der ominöse Schluß nicht gefiel und die ihn mit einer Randbemerkung und Anfrage nach dem Ministerium des Innern schickte. Lavalette fühlte das Unpassende der Schlußphrase und strich sie einfach weg mit dem Bemerkens: „Suchen Sie den Ausdruck, der im Jahre 1859 für die gezogenen Kanonen gebraucht wurde!“ Gesagt, gethan. Man suchte und fand die Floskel, die „neuen Geschosse ont produits des effets foudroyants“. Diese Wendung ward adoptirt und der corrigirte Satz nach Brauch an das Kriegs-Ministerium gefandt. Marschall Niel wollte aber an dem Rapport dieses Ober-Offiziers nichts ändern lassen und stellte die erste Fassung wieder her, die nun beibehalten blieb. Am anderen Morgen war der Kaiser der Erste, der seinen Unwillen an Herrin Norbert Billart, dem Direktor des „Moniteurs“, ausließ; dieser wußte aber seine Unschuld darzutheuen. Niel seinerseits produzirte den Rapport des Generals, — und so blieb de Failly für die unangenehmen Folgen verantwortlich, von denen er wahrscheinlich nichts geahnt hatte.“

— Prinz Napoleon, der mit der gegenwärtigen Politik unzufrieden ist, geht wieder ins freiwillige Exil und wird den größten Theil des Winters auf seinem Landstzue Prangins in der Schweiz zubringen. Die vom Abbé Bauer herrührende Brochüre erregt wenig Aufsehen.

Paris, 18. November. Die Session des gesetzgebenden Körpers wurde heute um 1 Uhr Nachmittags vom Kaiser mit folgender Thronrede eröffnet: Meine Herren Senatoren und Deputirten! Die Nothwendigkeit, die unterbrochene Prüfung wichtiger Gesetzesvorlagen wieder aufzunehmen, hat mich veranlaßt, Sie früher als gewöhnlich zusammenzuberufen. Außerdem haben die letzten Ereignisse in mir den Wunsch hervorgerufen, mich mit Ihrem erleuchteten Beistande zu umgeben. Seit der Zeit, als Sie aus-einandergingen, haben gewisse Besorgnisse die öffentliche Stimmung in Europa beschäftigt und überall die Industrie und den Handel gedrückt. Ungeachtet der Erklärungen meiner Regierung, welche sich nie in ihrer friedlichen Haltung geändert hat, hat man die Ansicht verbreitet, daß jede Neugestaltung der inneren Regierungsform in Deutschland ein Anlaß zum Streite sein müßte. Dieser Zustand der Ungewißheit durfte nicht länger dauern. Man muß offen die auf der andern Seite des Rheins eingetretenen Veränderungen annehmen, und verkünden, daß, so lange unser Interesse und unsere Würde nicht bedroht sein werden, wir uns nicht in die durch den Wunsch der Bevölkerungen hervorgerufenen Umgestaltungen mischen dürfen. Die Besorgnisse, welche sich gezeigt haben, erklären sich schwer in einer Zeit, wo Frankreich der Welt das großartigste Schauspiel der Versöhnung und des Friedens geboten hat. Die große allgemeine Ausstellung, wo fast alle Herrscher Europa's zusammengetroffen und wo sich die Repräsentanten der arbeitenden Klassen aller Länder begegnet sind, hat die Bande der Brüderlichkeit unter den Nationen enger geknüpft. Die Ausstellung ist vor-über, aber ihr Eindruck wird tief unser Zeitalter bezeichnen, denn nachdem sie majestätisch entstanden, hat sie nicht nur mit augenblicklichem Glanze geleuchtet, sondern sie hat für immer die Macht der Borurtheile und der Irrthümer, welche ein Hemmschuh der Arbeit und der Intelligenz sind, sowie die Schranken zwischen den verschiedenen Klassen und endlich den internationalen Haß vernichtet. Dies Alles hat sie zu Wege gebracht. Diese unzugbaren Pfänder der Eintracht konnten uns nicht davon zurückhalten, die militärischen Institutionen Frankreichs zu verbessern. Es ist die unabwärtliche Pflicht der Regierung, ganz unabhängig von den Verhältnissen

